

«Energiefirmen tragen eine Verantwortung»

EBL-Chef Urs Steiner will im Verwaltungsrat des Energiekonzerns Alpiq die Verseuchung in Majak thematisieren



Wiederaufbereitung in Sellafield. Anlagen, die Atombrennstoff rezyklisieren, stossen laut Kritikern viel mehr radioaktive Stoffe aus als Atomkraftwerke. Foto Keystone

SUSANNA PETRIN

Die Baselbieter Stromkonzerne EBM und EBL sind indirekte Teilhaber am AKW Gösgen. Dieses bezieht Uran aus dem russischen Majak, das wegen seiner verseuchten Umgebung derzeit Schlagzeilen macht. Die EBL sieht sich in der Pflicht, die EBM nicht.

Als «von Gott verlassene Strahlenhölle» bezeichnet die «Stuttgarter Zeitung» die Gegend rund um die russische Atomanlage Majak. Wissenschaftler sprechen vom «verseuchtesten Ort der Welt». Ein Atomunfall, vergleichbar mit Tschernobyl, ein mit radioaktiven Abfällen verseuchter Fluss und zweifelhaft, nicht kontrollierbare Umweltstandards – alles kommt hier zusammen (die BaZ berichtete).

Seit diesen Herbst bekannt geworden ist, dass die AKW-Anlagen Beznau I und II sowie Gösgen einen Teil des Urans für ihre Brennstäbe aus Majak beziehen, ist Feuer im Dach. Die Beznau-Betreiberin Axpo und die Gösgen-

Mitinhaberin Alpiq geraten zunehmend unter öffentlichen Druck – und wollen nun handeln.

OFFENER BRIEF AN AKTIONÄRE. Die Umweltorganisation Greenpeace fordert in einem offenen Brief nicht nur die AKW-Betreiberin Axpo, sondern auch deren Aktionäre dazu auf, sich für «Transparenz und Verantwortung» einzusetzen. Die Alpiq und ihre Aktionäre will Greenpeace demnächst ebenfalls kontaktieren. Zu diesen Teilhabern gehören die beiden Baselbieter Stromkonzerne Elektra Baselland (EBL, 7,12 Prozent Aktienanteile) sowie Elektra Birseck Münchenstein (EBM, 13,63 Prozent Anteile).

Wie stehen die beiden Aktionäre zum Umweltskandal? Fühlen sie sich mitverantwortlich, wollen sie sich in irgendeiner Form einbringen? Die Reaktion der beiden Firmenchefs könnte unterschiedlicher nicht sein.

Sehr bedauernd klingt EBL-Chef und Alpiq-Verwaltungsrat Urs Steiner:

«Ich finde es tragisch, was der Umwelt dort angetan wird. Es ist bedenklich, was da abgeht.» Es liege in der Verantwortung von Energieunternehmen, Transparenz zu schaffen und dafür zu sorgen, dass internationale Standards eingehalten würden.

«Offenbar sind die Hausaufgaben nicht mit der notwendigen Sorgfalt gemacht worden, die betroffenen Energiekonzerne können das nicht so stehen lassen», sagt Steiner. Er wolle das Thema Majak bei nächster Gelegenheit im Alpiq-Verwaltungsrat thematisieren und Fragen nach den Lieferverträgen sowie dem weiteren Vorgehen stellen.

Nicht selber in der Verantwortung sieht sich dagegen EBM-Chef Hans Büttiker, der ebenfalls im Verwaltungsrat der Alpiq Einsitz hat. «Majak liegt in einer militärischen Zone; das ist primär eine Sache von Russland, dort können wir nicht nachschauen gehen», sagt Büttiker. Und wenn überhaupt, so habe das AKW Gösgen seinen

eigenen Verwaltungsrat – dieser sei eher zuständig als die EBM.

Mittlerweile haben sich aber die Alpiq und das Atomkraftwerk Gösgen ohnehin dazu bereit erklärt, die Sache in die Hand zu nehmen. Derweil die Axpo versprochen hat, die Anlagen in Majak selber zu besuchen, wollen Gösgen-Verantwortliche ihre Uranlieferantin Areva stärker in die Pflicht nehmen. Denn diese beziehe das Uran via Untertierlieferanten aus Majak.

BESSERE KONTROLLE. «Die Areva hat als Global Player mehr Möglichkeiten, Transparenz und internationale Umweltstandards einzufordern, als ein kleiner Endkunde wie wir», sagt Konstantin Bachmann, Mediensprecher des AKW Gösgen. Die Ziele seien internationale Umweltstandards und eine verbesserte Kontrolle. Wenn Majak auch in Zukunft mit ganz Europa im Geschäft bleiben wolle, sei dies sicher auch im Interesse der russischen Besitzerfirma Rosatom.

Recycling ist problematisch

Radioaktivität breitet sich aus

SUSANNA PETRIN

Nicht nur in Russland, auch in Westeuropa wird radioaktiver Brennstoff wiederaufbereitet. Umweltschützer kritisieren, dass die Luft und das Meer dadurch massiv verschmutzt werden. Die Betreiber verweisen auf die eingehaltenen Grenzwerte.

Im russischen Majak wird abgebrannter Atombrennstoff wiederaufbereitet, ebenso im französischen La Hague und im englischen Sellafield. Indem rezykliertes Uran verwendet werde, spare das Atomkraftwerk Gösgen jährlich 180 Tonnen Natururan, sagt Mediensprecher Konstantin Bachmann. Das tönt gut, denn die Gewinnung von Natururan schädigt die Umwelt. Die Wiederaufbereitungsanlagen sind aber auch atomare Dreckschleudern.

Myclé Schneider, Atomexperte und Träger des alternativen Nobelpreises, warnt eindringlich vor den damit verbundenen Gefahren: «Die Wiederaufbereitung ist mit Abstand die radiologisch problematischste Station der Brennstoffkette. La Hague allein verursacht etwa die Hälfte oder mehr der Kollektivdosis der zivilen Atomenergienutzung in Europa. Die radioaktiven Emissionen betragen das Vieltausendfache eines AKW.»

IN DER SCHWEIZ MESSBAR. Auch die Wissenschaftssendung Einstein auf SF1 zeigte auf, dass die Wiederaufbereitungsanlage in LaHague innert eines Jahres mehr radioaktives Krypton freigesetzt hat, als alle Atombombenexplosionen, die der Mensch bisher durchgeführt habe. Die von dort stammenden radioaktiven Emissionen sind je nach Wetter auch in der Schweiz messbar. Hinzukommt, dass radioaktive Abfälle ins Meer geleitet werden, wie etwa der auf YouTube einsehbare Arte-Film «Albtraum Atommüll» dokumentiert. Doch die jeweiligen Gesetze erlauben dies.

Um die Standards der Anlage in Majak wollen sich die Energiekonzerne Axpo und Alpiq nun kümmern. Doch was ist mit den anderen Anlagen? «Betrieb und Umweltauflagen der Wiederaufbereitungsanlagen in Sellafield und La Hague entsprechen strengen nationalen und internationalen Strahlenschutznormen», sagt Bachmann. «Die Emissionen liegen unter den von den Behörden festgelegten Grenzwerten und stellen somit keine unzulässige Belastung von Mensch und Umwelt dar.»

Im Würgegriff der Schuldenbremse

Binningen. Das Budget 2011 sieht erstmals seit Jahren rote Zahlen vor

PETER DE MARCHI

Die Steuern erhöhen oder ein Budget mit einem Defizit durchwinken: Vor diesem Entscheid steht der Binninger Einwohnerrat am kommenden Montag.

Nicht zuletzt dank der Schuldenbremse gehört Binningen zu den reichsten Gemeinden im Kanton: tiefe Steuern, grosses Vermögen, viele Vorfinanzierungen. Die Binninger haben ihre Schuldenbremse rigoros formuliert: Über acht Jahre hinweg muss der Selbstfinanzierungsgrad 100 Prozent betragen, das heisst, über diesen Zeitraum hinweg müssen alle Ausgaben aus dem eigenen Sack bezahlt werden. Auch für 2011 wäre ein schöner Überschuss zu erwarten gewesen, hätte der Kanton nicht plötzlich mehr Geld von den reichen Gemeinden für den Finanzausgleich gefordert: 11,4 Millionen allein von Binningen, 4,2 Millionen mehr als erwartet.

«Das war ein Schlag ins Genick», sagt Gemeindepräsident Charles Simon. Der Selbstfinanzierungsgrad werde in den kommenden Jahren unter 100 Prozent sinken. Das Budget 2011 sieht denn auch eher düster aus:

1,9 Millionen Verlust in der Laufenden Rechnung, ein Selbstfinanzierungsgrad von gerade noch 26 Prozent, bis 2011 muss sich Binningen mit rund 5,6 Millionen Franken verschulden.

Das aber lässt die Schuldenbremse nicht zu, und sie lässt auch nicht zu, dass die Löcher der Laufenden Rechnung aus dem Vermögen gestopft werden – einem Vermögen, das sich auf fast 13 Millionen beläuft.

LOCKERUNG. Eine Steuererhöhung wäre am sinnvollsten, sagt Simon. Der Gemeinderat habe aber beschlossen, dem Einwohnerrat dieses Budget mit seinem Defizit ohne Antrag auf Steuererhöhung zu unterbreiten. Im Gegenzug soll die Schuldenbremse gelockert werden. Defizit und Finanzierungsfehlbetrag sollen in den nächsten Jahren aus dem Vermögen getilgt werden. Binningen könne sich dies leisten, die Gemeinde stehe finanziell sehr gut da.

Am kommenden Montag wird der Einwohnerrat das Budget beraten müssen. Die Einwohnerräte haben zwei Möglichkeiten: Sie erhöhen die Steuern und erfüllen die Vorgaben der

Schuldenbremse oder sie winken das Budget durch und lockern die Bremse. Für beide Varianten braucht es eine Zweidrittelmehrheit. Kommt sie nicht zustande, geht das Budget zurück an den Gemeinderat.

SCHWER ERKLÄRBAR. Bei FDP und CVP ist klar, dass sie den Vorschlag des Gemeinderates unterstützen. Bei so viel Eigenkapital sei den Bürgerinnen und Bürgern eine Steuererhöhung nicht erklärbar, sagen die Fraktionspräsidenten Markus A. Ziegler (FDP) und Lukas Metzger (CVP). Schwerer tun sich SP und SVP. Ein Teil der Fraktion wolle dem Gemeinderat folgen, der andere Teil aber möchte die Steuern erhöhen, sagt SP-Fraktionschefin Verena Dubi. «Unser Ziel ist eine schwarze Null in der Rechnung 2011», sagt SVP-Fraktionschef Urs-Peter Moos. Wie sich seine Fraktion am kommenden Montag verhalten werde, sei aber noch nicht festgelegt. Ungewiss bleibt auch noch die Haltung der Grünen. Ein Teil poche darauf, die Gemeindeordnung einzuhalten, sagt Einwohnerrat Anand Jagtap.

Laufens Nachbarn schalten sich in den Abstimmungskampf ein

Stadtrat kritisiert das «Säbelrasseln aus Röschenz»

PETER WALTHARD

Kurz bevor Laufen über den Austritt aus den Sozialdiensten Laufental entscheidet, bezichtigt ein anonym auftretendes Komitee den Stadtrat, Unwahrheiten zu verbreiten. Pikant: Auch Laufentaler Gemeindepräsidenten gehören ihm an.

Linard Candraia, im Stadtrat verantwortlich für Soziales und Gesundheit, ist im Moment nicht gut auf seine Kollegen in den Nachbargemeinden zu sprechen. «Das widerspricht allen demokratischen Gepflogenheiten», ärgert er sich. Grund für die Aufregung ist ein Inserat, das heute im «Wochenblatt für das Schwarzbubenland und das Laufental» erscheinen soll.

Unterzeichnet von einer anonymen «Interessengemeinschaft für ein starkes Laufental», bezichtigt es den Laufner Stadtrat, mit falschen Zahlen zu operieren – dies einen Tag bevor die Laufner Gemeindeversammlung über den Austritt aus den Sozialdiensten Laufental befinden soll.

Die vom Stadtrat in Auftrag gegebene Studie, die zum Schluss kommt, dass Laufen mit einem Alleingang besser fährt, «strotzt vor Ungereimtheiten und

Behauptungen, welche nicht unwidersprochen bleiben dürfen», so die Inserenten. Pikant: Der «Interessengemeinschaft», die im Inserat ohne Namensnennung auftritt, gehören nach Informationen der BaZ neben Stadträtin Juliana Nufer auch Vertreter der Nachbargemeinden an – darunter der Röschenzer Gemeindepräsident René Merz.

«KRIEGSRHETORIK». Für Candraia ist das alles blosse Propaganda. «Ich hatte tatsächlich das Gefühl, dass sich die Wogen zumindest emotional geglättet haben», sagt er. Merz wolle nun offenbar bewusst Öl ins Feuer giessen und die Stimmung anheizen. «Das Letzte, was wir jetzt brauchen, ist Säbelrasseln und Kriegsrhetorik aus Röschenz», sagt Candraia. Der Stadtrat strebe einen vorsorglichen Austritt an – falls sich eine Lösung finden würde, stelle man die Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden nicht infrage.

Für Merz verfängt diese Argumentation jedoch nicht: «Wenn dem so wäre, hätte Laufen die Probleme früher thematisieren können», sagt er.